

Bezugspreis
monatlich 8
in der Gelehrtenstelle 1000.—
in den Ausgabestellen 1100.—
durch Zeitungshändler 1200.—
am Postamt 1320—
ins Ausland 600 deutsche M.

Fernvverkehr
2273, 3110.

Tel.-Adr.: Tagblatt Posen.
Postcheckkonto in Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt Betriebsförderung, Arbeitsförderung oder Aussperrung hat der Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint
an allen Werktagen.
Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens 40.— M.
Reklameteil 140.— M.
Für Aufträge { Millimeterzeile im Anzeigenteil 15.— d. M.
aus Deutschland
Reklameteil 50.— d. M.

„Seine eigene Politik.“

Nicht nur das „Zünglein an der Waage“ überzeichnet der „Kurier Poznański“ den Leitartikel seiner Nummer vom Sonnabend (18. November), in dem er schreibt:

Zwei Tatsachen sind es, die bei der Beurteilung der künftigen parlamentarischen Verhältnisse in Polen vorherrschend sind. Die erste Tatsache ist die, daß die Mittelparteien fast vollkommen von der Bildfläche verschwunden sind, die zweite ist die, daß eine große Anzahl von Abgeordneten der nationalen Minderheiten auf den Plan getreten ist. Die Rolle des Zentrums, die gewöhnlich darin bestand, daß es das Zünglein an der Waage bildete, wenn weder die Linke noch die Rechte eine entschiedene Mehrheit hatte, gehört also der Vergangenheit an. Es stehen sich die Rechten und die Linke mit fast gleich verteilten Kräften gegenüber, und zwischen sie schiebt sich der Block der Vertreter der Minderheiten, der sich freilich im Sejm wohl in eine deutsche, eine jüdische, eine russische Fraktion teilen, aber trotzdem ganz bestimmt eine gemeinsame Politik führen wird. Ihren Beitritt zu dieser Politik haben auch diejenigen Minderheitsgruppen erklärt, die außerhalb des Blocks gewählt worden sind, wenigstens in Minderheitsfragen. Bei einer solchen Lage der Dinge wird die künftige parlamentarische Konstellation davon abhängen, welchen Standpunkt die polnischen Parteien gegenüber der Politik des Minderheitsblocks einnehmen werden. Denn es muß nachdrücklich festgestellt werden, daß sich die Rolle der Minderheitsvertreter durchaus nicht darauf beschränkt wird, diese oder jene polnische Partei zu unterstützen, oder ausschließlich die Rolle des Züngelns an der Waage gegenüber den sich zwar reibenden, aber ausschließlich von polnischen Parteien stammenden politischen Bestrebungen zu spielen. Schon diese Tatsache allein kann auf die Entwicklung der Verhältnisse und den weiteren Ausbau des polnischen Staates ungünstig einwirken. Man darf nämlich nicht vergessen, daß die nationalen Minderheiten in Polen stets auf Seiten der radikalen und links gerichteten Bestrebungen, also gerade derjenigen gestanden haben, die mit ihrer bisherigen Politik Polen zu der jetzigen politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Desorganisation geführt haben. Abgesehen von diesen Sympathien für die Linke bestehen die nationalen Minderheiten in Polen doch ein eigenes politisches Programm sowohl in innerpolitischer als auch in außenpolitischer Hinsicht. Die Sympathien für die polnische Linke sind nur ein Faktor dieses Programms; denn sie erklären erst die Tatsache, daß mit der Linken sogar diejenigen unter den Vertretern der Minderheiten gehen, besonders unter den Deutschen, die mit ihrem rein sozialen und radikalen Programm nicht viel oder gar nichts gemeinsam haben. In ihrem Programm sind vielmehr im Gegensatz zu der antinationalen, häufig aber auf jeden Fall in nationaler Hinsicht gleichgültigen Linken die Momente der rein nationalistischen Politik vorherrschend. Da ein solches Programm besteht, obwohl es natürlich niemals öffentlich als solches verlautet worden ist, das beweist die sehr logische Politik, die bisher von den nationalen Minderheiten, besonders von den Deutschen und den Juden, geführt worden ist, sowie die in letzter Zeit immer deutlicher von den jüdischen und deutschen Blättern herausgegebenen Parolen. Man kann also mit ganzer Bestimmtheit annehmen, daß der Minderheitsblock, durch seinen Sieg berauscht, versucht sein wird, falls es ihm die Konstellation der polnischen Parteien überhaupt gestattet, irgendwelche politische Rolle zu spielen, zu versuchen, seine eigene Politik durchzuführen.

Welches ist nun diese „eigene Politik“ des Minderheitsblocks? Der „Kurier“ sagt:

Das Programm der deutschen und der jüdischen Politik erstrebt außenpolitisch eine Versöhnung mit Deutschland und eine Ablösung von Frankreich, innerpolitisch die Verwandlung Polens in einen Nationalitätenstaat.

Dass man diese beiden Punkte als Programm der Politik des Minderheitsblocks bezeichnen kann, muß bestritten werden. Denn der Minderheitsblock ist vorläufig eine für die Wahlen ins Leben getretene Entscheidung, und von einer „Politik des Minderheitsblocks“ kann — vorläufig wenigstens — nicht die Rede sein. Aber daß es sehr viele in Polen lebende und dem polnischen Staat gegenüber sich durchaus loyal verhaltende Deutsche gibt, die die beiden Punkte, die der „Kurier“ nennt, für die Angelpunkte einer vernünftigen polnischen Politik halten, ist zweifellos richtig. Eben diese beiden Punkte: Versöhnung mit Deutschland und eine solche Gestaltung der Verhältnisse im Innern, daß sie zu dem wirklichen Wesen des polnischen Staates, der von Natur ein Nationalitätenstaat ist, nicht im Widerspruch stehen. Und erstaunlich scheinen diese beiden Dinge, weil ohne sie der verhängnisvollen Isolierung Polens, die dem polnischen Staat politisch und wirtschaftlich schon so viel Schaden gebracht hat, kaum je ein Ende gemacht werden kann.

Übrigens sind es nicht nur Deutsche und Juden, denen diese dem „Kurier“ nicht genehme Politik vorschwebt. Am Abend des Tages, an dem der auch vom „Kurier“ angeführte Aufsatz „Polska jest państwa narodowości“ im „Posener Tageblatt“ erschien, rief ein Pole, ein echter und unbezweifbarer Pole, telephonisch die Schriftleitung des „Tageblatts“ an und erklärte: was in diesem Aufsatz und in einigen vorausgegangenen Aufsätzen des „Posener Tageblatts“ gesagt wurde, sei ganz und gar auch seine eigene Ansicht, und Laiende von Polen ständen auf demselben Standpunkt und wollten von der Politik des Chauvinismus, des Nationalismus und der Ausnahmegeiste nichts wissen. Er fügte dann etwas hinzu, was gerade den „Kurier Poznański“ und seine Politik anging. Das kann aber hier nicht wiedergegeben werden, — denn die Schriftleitung des „Posener Tageblatts“ würde sich sonst vermutlich einen neuen Bekleidungsprozeß zuziehen. Und dazu hat sie wirklich keine Lust.

Wer bildet die neue Regierung?

Warschau, 18. November. Hier treten gegenwärtig die neuen Fraktionen der Parteien für den Sejm und Senat zusammen; bei ihren Beratungen steht die Frage der künftigen Regierungsbildung im Vordergrund des Interesses. Bisher ist jedoch ein genaues Bild über die Haltung der einzelnen Parteien nicht zu gewinnen, da die Grundfrage noch nicht geklärt ist, ob die vom Rechtsblock angestrehte Zusammenarbeit mit der Witowspartei sich verwirklichen läßt.

Inzwischen bemüht sich die rechtsparteiliche Presse, immer erneut gegen den Gedanken mobil zu machen, daß die polnische Regierung sich auf die Stimmen der Minderheiten stützen könnte, was bei der Bildung einer Linksregierung notwendig wäre. Die „Gazeta Polska“ betont, daß den Minderheiten zwar die gleichen bürgerlichen Rechte zugeschen, darunter sei aber nicht das Recht des Regierens zu verstehen. Das polnische Volkstum sei der einzige rechtmäßige Herr in Polen. Die „Gazeta Warszawska“ hebt hervor, die polnische Öffentlichkeit werde niemals zulassen, daß die Juden eine leitende Stellung in Polen einnehmen. Die „Gazeta Poranna“ unterstreicht, daß die moralische Anreht auf die Regierung in Polen nur die Bewohner hätten, die das Land mit eigenem Blute geschütt und geprägt haben. Nach diesem Grundfaß dürfte das neue Kabinett nicht ohne die deutschen Bürger Polens zu bilden sein. (D. Ned.) Nur der sozialistische „Robotnik“ wendet sich gegen dieses demagogische Treiben und meint, der Rechtsblock wolle die Minderheiten lediglich zu einem Objekt der Regierung machen. Der Rechtsblock fürchtet, daß der kommende Sejm die Minderheitenfrage im demokratischen und in einem im Staatsinteresse liegenden Sinne lösen werde.

Die Wahl des Staatspräsidenten.

In wenigen Wochen werden Sejm und Senat zum ersten Male seit der Wiedergeburt Polens den Staatschef wählen. Er soll, nach der Verfassung, mit den größten politischen Privilegien ausgestattet werden, die ein unabhängiges Volk seinem Repräsentanten garantieren.

Der Präsident der Republik ist für seine amtlichen Handlungen weder dem Parlament noch den Bürgerschaften gegenüber verantwortlich, — so heißt es im Artikel 51 der Verfassung. Lediglich wegen Vergehnissen, die in den Strafbestimmungen vorgesehen sind, wegen Vergehnissen der Verfassung oder Landesverrats kann er in den Anklageaufstand verhext werden, und zwar durch Beschluss einer Dreifünft-Mehrheit des Sejms. Kommt dieser Beschluss zu stande, so hat sich der Staatschef vor dem obersten Tribunal zu verantworten. Mit dem Augenblick aber, da der Staatschef mit dem höchsten politischen Privileg ausgestattet wird, verliert er zwar die Selbständigkeit des Handels, jeder seiner Schritte wird die Verantwortung der Minister erfordern, die durch die Gegenzeichnung seines Privilegs garantiert werden, doch seine Person bleibt, wie dies in der politischen Sprache heißt, aus der Diskussion ausgeschlossen, und zwar sowohl im Sejm und Senat, als auch in der Presse und in öffentlichen Versammlungen. Die „Gazeta Warszawska“ widmet der neuen Würde des Staatspräsidenten einen Leitartikel und fühlt sich bei dieser Gelegenheit veranlaßt, — zu warnen. Das Blatt schreibt:

Wir können zwar heute noch nicht mit Sicherheit voraus sagen, womit das Volk die Präsidentschaft verleiht. Doch um so mehr müssen wir schon jetzt einen Vorbehalt machen: Das konstitutionelle Privileg wird und darf nur, und zwar ausschließlich dem gewählten des Volkes zur Seite stehen, denn im Sinne der Konstitution gehört die oberste Gewalt in Polen dem Volle, dessen Organ auf dem Gebiete der ausführenden Gewalt der Präsident ist (Art. 2), und in dessen Namen er sagt: „Wir, das polnische Volk.“ Es soll sich niemand einbilden, daß, wer auch immer außer dem polnischen Volle selbst im Sinne der Konstitution berechtigt ist, irgend jemand mit diesem hohen Privileg auszustatten, eine künftige, mit Hilfe der Nation feindlichen Elementen gebildete Mehrheit gegen die Mehrheit des polnischen Volles diese Macht erhalten wird. Die auf dem Willen der Nation gestützte Wirklichkeit würde bald eine derartig gefährliche Illusion in Trümmer schlagen.“

Der Titel des Senatsvorsitzenden.

Der Titel des Senatsvorsitzenden ist noch nicht endgültig festgelegt worden. Die Märzverfassung gebraucht in allen Artikeln in denen vom Präsidium des Senats die Rede ist, das Wort „Vorsitzender“. Die Bezeichnung „Senatsmarschall“ findet sich im Gesetz von der Nationalversammlung. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sich der Senat bei der Festlegung des Titels des Senatsvorsitzenden auf das Gesetz von der Nationalversammlung stützen und den Titel „Senatsmarschall“ annehmen.

Die Erzbischöfe als Senatoren.

Die Kandidatur der beiden Erzbischöfe Teodorowicza und Fürst Sapieha zum Senat gab bekanntlich der apostolischen Kurie Anlaß, die Aufstellung von Bischofsen und Erzbischöfen als Wahlkandidaten zu verbieten. Die beiden Kandidaten taten jedoch Schritte, um für ihre Person eine Ausnahme von dieser Bestimmung zu ermöglichen. Als Gründe führen sie an die außergewöhnliche Lage, in der sich der polnische Staat befindet. Diese erforderte die Heranziehung aller intellektuellen Kräfte zu politischer Arbeit. Hierauf hat der apostolische Stuhl eine sehr zweideutige und dehnbare Antwort erteilt. Er erklärt, daß er allerdings nicht die Absicht habe, in diesen beiden Fällen die formell verpflichtenden Bestimmungen auf der Grundlage der päpstlichen Entscheidung in dieser Frage anzuwenden. Jedoch verbietet er nicht, daß auch in diesen speziellen Fällen die Teilnahme der Mitglieder des Episkopats am Senat von ihm als unerwünscht betrachtet wird. Welche Konsequenzen die zum Senat gewählten Kirchenfürsten aus dieser Kundgebung des Papstes ziehen werden, ist bisher noch unbekannt.

Skulski zieht sich nicht zurück.

Die „Horia Luchesa“, das Organ der Nationalen Volksvereinigung, berichtet das Gericht, daß Skulski sich angeblich aus dem politischen Leben zurückgezogen haben soll und betont, daß der frühere Abgeordnete seine ganze Energie für die Organisation der Partei im Lande aufzuwenden werte.

Freilassung von Kommunisten gegen Kaution.

Der im Domrodaer Kohlenboden zum Abgeordneten gewählte Kommunist Rybacki wurde nach Hinterlegung einer Kaution von einer halben Million Mark durch den Untersuchungsrichter des 10. Warschauer Bezirks in Freiheit gesetzt. Der Kommunist Jakob Dutlinger zahlte sofort nach seiner Verhaftung eine halbe Million Mark Kaution und blieb auf freiem Fuße.

Republik Polen.

Vertagung der Jaworzyneentscheidung.

Warschau, 19. November. Der Voivosterrat hat beschlossen, die Entscheidung der Jaworzynefrage bis zum nächsten Frühjahr aufzuschieben. Er hat sich jedoch das Recht einer unmiderrusischen Entscheidung eingeräumt. Der „Kurier Poznański“ verleiht die Meldung von der Ausschiebung mit folgendem Kommentar: „Benesz“ Abreise nach Paris vor einigen Tagen ist nicht ohne Einfluß auf die obige Vertagung geblieben.“

Die polnische Abrüstungsdelegation.

An der Spitze der polnischen Delegation für die Abrüstungskonferenz in Moskau wird Fürst Janusz Radziwiłł stehen. Er war zu Zeiten des Regentschaftsrates Direktor des politischen Departements.

Der Haushaltssplan der Eisenbahn.

Sämtliche Ministerien haben bereits ihre Haushaltssätze dem Finanzministerium vorgelegt. Auf Grund dieser Pläne arbeitet das Finanzministerium den Gesamt-Haushaltssatz aus, der dem Sejm höchstwahrscheinlich zu Beginn des Jahres 1923 vorgelegt werden soll. Der Haushaltssatz des Eisenbahnministeriums sieht 1144 Milliarden Mark als Ausgaben vor. Davor betragen die Personalausgaben 302 Milliarden, die Investitionsausgaben 202 Milliarden. Die Einnahmen der Eisenbahn im nächsten Jahre sind auf 773 Milliarden veranschlagt.

Beilegung des Lodzer Textilstreiks.

Warschau 18. November. Der Ausstand in der Lodzer Textilindustrie ist günstig beigelegt worden. Die Industriellen haben eine 25 prozentige Lohn erhöhung bewilligt und sich damit einverstanden erklärt, daß ein gemischter Ausschuß aus Vertretern der Industriellen und der Arbeiter gebildet wird, der auf Grund der Preise für die wichtigsten Bedarfsartikel die monatlichen Zugaben regeln soll. Die neuen Bedingungen werden bis zum 31. Dezember gelten. Am Sonnabend haben alle Arbeiter in der Zahl von 100 000 die Arbeit wieder aufgenommen,

Vom schlesischen Sejm.

In der letzten Sitzung des schlesischen Sejm wurde zunächst ein Antrag über die Kreiswege an den Haushaltssatz und ein Antrag betreffs Änderung des Gesetzes über Maße und Gewichte an den Rechtsausschuß überwiesen. Dann beriet der Landtag über einen Antrag des Geistlichen Brzózka über die Amtsprache in der Wojewodschaft Schlesien. Der Abgeordnete Korfanth begründete dann einen Antrag über die Änderung der Straßennamen in Katowice. Abgeordneter Ullik erklärte, daß man das notwendige System der doppelten Straßennennung beibehalten müsse. Der Antrag des Abgeordneten Korfanth wird angenommen. Dann kommt ein Antrag des Geistlichen Brzózka zur Sprache, der die Änderung der Schulverfügung betrifft, die von einigen Lehrern in der Weise ausgelegt wurde, als ob durch sie deutsche Kinder gewöhnen würden polnische Schulen zu besuchen. Der Abgeordnete Korfanth erklärte, daß diese Verfügung infolge Widerspruchs zum Vertrag nicht aufrecht erhalten werden könne. Der Abgeordnete Ullik polemisierte gegen Korfanth, woher er für Beilegung des polnischen Nationalgefühls vom Marschall zur Ordnung gerufen wird. Nachdem der Abgeordnete Korfanth dem Abgeordneten Ullik geantwortet hatte, schloß der Marschall die Sitzung.

Das Urteil im Fedakprozeß.

Lemberg 19. November. Der Fedakprozeß ist nach einer Dauer von 22 Tagen am Sonnabend beendet worden. Auf die Frage, ob der Angeklagte Fedak dafür schuldig zu sprechen sei, daß er am 25. September 1921 zur Zeit der feierlichen Eröffnung der Ostmesse und der durch diese Feierlichkeit hergerufenen patriotischen Stimmung, in der Abteilung den Staatschef Józef Piłsudski und den Lemberger Wojewoden Kazimierz Grabowski aus dem Hinterhalt zu töten, unter verräderischem Gebaren inmitten der Menge aus naher Entfernung mit einem Revolver dreimal auf den Staatschef und den Lemberger Wojewoden schoß und dabei den Lemberger Wojewoden schwer verletzte, antworteten elf Geschworene mit „Ja“ und ein Geschworener mit „Nein“. Von den elf Geschworenen erklärten sich sieben Geschworene dafür, folgende Worte aus der Frage zu streichen: „und der durch diese Feierlichkeit hergerufenen patriotischen Stimmung“, dann die Sätze: „den Staatschef Józef Piłsudski und“, sowie die Worte: „aus dem Hinterhalt“ und „unter verräderischem Gebaren inmitten der Menge“. Damit haben die Geschworenen nicht einen hinterlistigen, sondern nur einen einfachen Anschlag Fedaks auf den Wojewoden Grabowski allein festgestellt. Alle anderen Fragen bezüglich Beteiligung am Mordversuch und Hochverrat lehnten die Geschworenen mit einer genügenden Anzahl Stimmen ab. Dagegen bejahten sie die Frage, die Fedak und fünf anderen Angeklagten Störung des öffentlichen Friedens vorwirft, gegen Zybiliewicz mit 8 Stimmen, gegen die anderen mit 10 Stimmen.

Der Gerichtshof fällt nach einer Beratung von mehr als einer Stunde folgendes Urteil:

Stefan Jarosław Fedak wird zu 6 Jahren Zuchthaus, Szyszko zu 1½ Jahren, Polakow, Mateusz Jaremczuk und Zybiliewicz werden zu je 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt.

Allen Verurteilten wurde die in Untersuchungshaft verbrachte Zeit angerechnet. Die Kosten des Strafverfahrens tragen die Verurteilten. Die übrigen Angeklagten wurden im Sinne eines Verdicts der Geschworenen freigesetzt. Der Vorsitzende verkündete das Urteil zunächst in polnischer und dann in ukrainischer Sprache. Die Angeklagten nahmen das Urteil ganz ruhig entgegen. Die Verteidigung hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Der Antrag, die Verurteilten auf freien Fuß zu setzen, stieß auf den Widerstand des Staatsanwalts.

Danziger Frühjahr vom 19. November.

Die polnische Mark in Danzig 44½
Der Dollar in Danzig 7300
Tendenz: unbestimmt.

Die Kabinettbildung in Deutschland.

Der mit der Bildung des Kabinetts beauftragte Geheimrat Cuno richtete am Sonnabend nachmittag folgenden Brief an den Reichspräsidenten:

Herr Reichspräsident, Sie haben mit dem Auftrag zur Bildung des Reichskabinetts erzielt, nachdem Ihre Fühlungnahme mit den Parteiführern ergibt hat, daß sämtliche Parteien der Arbeitsgemeinschaft und die Sozialdemokratie auf dem Boden der an die Reparationskommission gesandten Note vom 13. d. Ms. stehen und mit das Vertrauen entgegenbringen, das ist bedarf, um das neue Kabinett zu bilden.

Im Hinblick hierauf habe ich den Antrag angenommen, in der Absicht, ein Kabinett der Arbeit zu schaffen, das in seiner Zusammensetzung der Notwendigkeit sachlicher Führung der Geschäfte entspricht und vom Vertrauen des Reichstages getragen wird. Die hierfür erforderlichen Besprechungen mit den Führern haben ergeben, daß einzelne Parteien nicht nur Anregungen und Wünsche, sondern Anträge und Ansprüche vorbringen, die die Zahl der einer Partei zu entnehmenden Kabinettmitglieder, deren Person, deren Ressort, ja sogar die Frage betreffen, ob ein Mitglied, das bisher im Kabinett war, ein anderes Ressort übernehmen kann. Da mit entfallen die Voraussetzungen, unter denen ein sachliches Arbeiten bewirkt werden kann.

So wenig ich die Notwendigkeit verkenne, eine Zusammenarbeit zwischen Parlament und Kabinett auch durch dessen Zusammensetzung sicherzustellen, so sehr muß ich Gewicht darauf legen, daß Auswahl der Mitglieder und Ressorts dem Ermeessen desjenigen überlassen bleiben, dem der Auftrag zur Bildung des Kabinetts übergeben worden ist. Da das zur Zeit nicht der Fall ist, bitte ich, den Auftrag zur Bildung des Kabinetts in Ihre Hände zurückzulegen zu dürfen.

Nachdem der Reichspräsident diesen Brief erhalten hatte, hielt er Besprechungen ab, die insoweit noch zu keinem Ergebnis geführt haben, als die Sozialdemokraten noch keine Erklärung über ihre Stellung zu Cunos Ressortlinien abgaben. Von dieser Erklärung wird abhängen, ob Cuno offiziell zum zweiten Mal den Auftrag zur Kabinettbildung übernimmt.

Die Schwierigkeiten mit den Parteien, auf die Cuno in seinem Schreiben an den Reichspräsidenten Bezug nimmt, gingen in erster Linie auf das Zentrum zurück. Der bisherige Reichsanzler Wirth übt noch immer einen solchen Einfluß auf die Zentrumspartei aus, daß er es zu einem direkten Verbot für den Einsatz Dr. Hermes' in ein Kabinett Cuno gebracht hat. Auf der anderen Seite haben die Sozialdemokraten fünf Ministerposten im Kabinett und außerdem noch eine Anzahl von Staatssekretariaten verlangt. Auch die Deutsche Volkspartei hat direkte Forderungen gestellt und ihre Mitwirkung bei der Kabinettbildung davon abhängig gemacht, daß Dr. Stresemann das Außenministerium erhält.

Im Reichstag beurteilte man die Möglichkeit einer Lösung der Krise sehr ungünstig. Es wurde schon davon gesprochen, daß Cuno, wenn er ein Kabinett aus führenden Persönlichkeiten außerhalb des Parlaments gebildet haben sollte, dann sofort den Reichstag auflösen würde, um durch Neuwahlen eine feste Mehrheit zu erlangen, die ihm den Stieg zu einem parlamentarischen Kabinett gestatten würde.

Schwierigkeiten der Kabinettbildung.

Der "Vorwärts" schreibt zur Lage: Die vorhandenen Schwierigkeiten sind zu suchen vor allem darin, daß ein Teil der bürgerlichen Politiker an Projekten fehlt, deren gegenwärtige Unaufdringlichkeit eben erst durch den Sturz des Kabinetts Wirth praktisch bewiesen worden ist, dann aber auch darin, daß das Zentrum in seiner augenscheinlichen Stimmung geneigt scheint, jeden Nachfolger Wirths mit mißvergnügt Bliden zu betrachten. Es gibt nun zwei Methoden, eine Kabinettbildung zum Scheitern zu bringen: die direkte Ablehnung und die Belastung mit unausführbaren Bedingungen. Es besteht die Gefahr, daß die zweite Methode gegenüber Cuno reichlich zur Anwendung gebracht werden könnte. Wer mit der Sozialdemokratie eine Regierung will, der muß die Sozialdemokratie so nehmen, wie sie ist und nicht so, wie sie nach seinen Wünschen sein möchte. Wird die Methode, das Schiff durch Überlastung zum Sinken zu bringen, angewandt, so kann das nur von anderer Seite geschehen. Jedenfalls hat die Sozialdemokratie Verständnis dafür gezeigt, daß Deutschland heute innere Wirren, die aus einer ratlosen Krise entspringen, nicht verträgt. Ist dieses Verständnis bei den anderen Parteien auch vorhanden, dann wird es über das Kabinett Cuno zu einer Verständigung kommen. Im Augenblick aber liegen die Dinge noch so, daß es überflüssig ist, Befürchtungen darüber anzustellen, wie die neue Ministerliste aussehen wird. Kein Name ist gewiß, nicht einmal der an ihrer Spitze.

Rücktritt von Dr. Hagen.

Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes zum Schluß der Republik, Senatspräsident Dr. Hagen, ist von seinem Amt zurückgetreten, weil sein Wunsch, eine der Stellung

des Reichsgerichtspräsidenten entsprechende Stellung zu erhalten, nicht berücksichtigt worden ist. Als sein Nachfolger wird der bis jetztige Vizepräsident, Senator Schmidt, genannt. Die Verhandlung des Prozesses gegen die Urheber des Scheidemann-Attentats wird noch unter Voritz von Hagen stattfinden.

Teuerungskundgebungen und Plünderungen in deutschen Städten.

Am Sonnabend ist es in verschiedenen deutschen Städten zu sturmischen Kundgebungen gegen die Teuerung und zu Plünderungen gekommen. In Dresden fielen den Plünderungen einige Geschäfte der Lebensmittel- und Konfektionsbranche zum Opfer. Die Plünderungen schlossen sich an eine Demonstrationssammlung an, die von den Gewerkschaften einberufen war. In Bürgen von einigen hundert bis tausend Mann zogen die Demonstranten unter Rufen nach Brot und „Nieder mit dem Schiebertum“ durch die Stadt. Starke Polizeiaufzüge, die dann noch durch Reichswehr verstärkt wurden, gelang es, die Plünderungen auf kleine Umkreise zu beschränken.

Auch in Räckow fanden große Teuerungsdemonstrationen der Arbeiterschaft der Großindustrie statt. Sämtliche Betriebe wurden stillgelegt. Eine während der Kundgebungen herbeigeruene Abteilung der Schutzpolizei gab Veranlassung zu Tumulten, doch trat die Ruhe alsbald wieder ein.

Vertrauensvolum für Mussolini.

Die italienische Kammer bewilligte am Sonnabend dem Kabinett Mussolini mit 306 gegen 116 Stimmen das Vertrauen einstimmlich der von ihm erbetenen Vollmachten. Die Sitzung, die teilweise sehr stürmisch verlief, dauerte bis nach 10 Uhr abends. Nachdem Minister Langorza die Anangopläne der neuen Regierung dargelegt und einige Redner, darunter der Sozialist Turatti, die Erklärungen der Regierung genehmigt oder kritisiert hatten, entstand zwischen den Bänken der Faschisten und denen der Popolari ein erhebliches Wortgefecht, in dessen Verlauf der faschistische Staatssekretär für das Pensionswesen, de Vecchi, die Popolari „träger Schwächer“ nannte. Diese beantworteten die Beschimpfung, und es entstand ein großer Tumult. Kammerpräsident de Nicola unterbrach die Sitzung, worauf Turatti de Vecchi um Erläuterung darüber bat, was er gesagt habe. De Vecchi antwortete herausfordernd, „er habe nur unwürdig sich gebärdende Abgeordnete zur Ordnung rufen wollen“; er nehme nichts zu üd. De Nicola antwortete darauf aufs festigste, noch sei er Präsident der Kammer. (Stürmischer Beifall des ganzen Hauses, ausgenommen der Faschisten.) Im Laufe der Sitzung wurde bekannt, daß de Nicola unter Protest die Präsidenschaft niedergelegt werde.

Turatti schloß mit den Worten: „Die Freiheit läßt sich auf die Dauer nicht unterdrücken; wer ihr in den Weg tritt, wird fortgewehrt.“

Sodann sprach für die Deutschen der Abgeordnete Reut-Nicolussi. Er bedauerte, daß im Programm kein Wort von Südtirol stehe. Mussolini unterbrach ihn: „Es heißt nicht mehr Tirol.“ Reut-Nicolussi: „Die Wirtschaftslage unserer Bauern seit der Einberufung ist (Mussolini: „Bedeutend verbessert.“) Reut-Nicolussi fortsetzte: „Das stimmt nicht ganz.“ Mussolini: „Ich hoffe, daß sie, wenn sie die Lira ausgeben, die Krone nicht beneiden.“ Reut-Nicolussi: „Ihre Banken haben falliert.“ Mussolini: „Weil sie mit österreichischen Kriegsanleihen überlastet waren. Sollen wir auch noch jene Anleihen bezahlen?“ Reut-Nicolussi schloß in der Hoffnung, die Regierung werde die Rechte der Bevölkerung zu verteidigen wissen.

Der Katholik de Gasperi wies sodann die scharfe Sprache Mussolinis gegen das Parlament zurück. Die Methode der Faschisten widerstreite den ethischen Grundsätzen der Popolari, die ihre Männer erst ins Ministerium entlassen hätten, nachdem der Auffall der Faschisten durch den König legalisiert worden sei. De Gasperi für die unabhängigen Sozialisten rief Mussolini zu: „Ihr habt uns nur einen höchst mittelmäßigen Faschismus gegeben.“

Darauf wurde die Debatte geschlossen, und Mussolini versicherte, er sei nicht Antiproletarier, jedoch bereite er eine Politik der Strenge vor, die sich zunächst gegen die Sozialisten wenden werde, um das Recht zu gewinnen, auch andere mit Strenge anzufohlen. Das produktive Bürgertum sei unvergleichlich, doch werde der Faschismus dem Kapitalismus seine Vergünstigung einräumen. Internationale Gründe hätten ihn abgehalten, von der Afrikareise zu sprechen. Am Schlus der Sitzung nahm der Kammerpräsident de Vecchi gesetzungen hatte, wegen seiner Ausrede um Verzeihung zu bitten.

Italien und Tschetschien.

Aus Rom wird gemeldet, daß Mussolini den Botschafter der Sowjet, Woroński, in Audienz empfangen und ihm erklärt hat, daß Italien bereit sei, unter bestimmten Bedingungen mit den Sowjets diplomatische Beziehungen anzuknüpfen. Woroński verließ Mussolini in befriedigter Stimmung.

er schweigend mit dem Gai freud durch die heiße Lust des Palmenwaldes schritt, gingen seine Augen bald verstohlen forschend nach den Seiten hinüber, bald prüfend über die Gesichter der Begegnenden. Hier und da zeigte ihm ein kurzes Aufleuchten der Augen, daß er wiedererkannt wurde; aber die Gegenwart des Sohnes des Schechhs, hielt vorläufig jede vertraulichere Begrüßung hintan, Kinder starren ihn mit großen, dunklen Augen fragend an. Frauen und Mädchen in hemdärmeligen blauen Gewändern sahen ihm leck und neugierig, aber ohne Frechheit ins Gesicht und grüßten ihn ohne Scheu. Er brachte es fertig, ihnen freundlich zuzunicken, aber die Spannung wich nicht aus seinen Augen, und schließlich machte sie einer ziemlich starken Enttäuschung Platz, als er vor dem Zeit des Schechhs stand. Said Ibrahim schlug den Vorhang zurück und trat ein. Es dauerte nur wenige Augenblicke, da erschien er wieder und lud seinen Gast mit einer höflichen Bewegung ein, näherzutreten. Der Vorhang blieb hochgeschlagen, und in der halben Dämmerung konnte Sidi Marik die gerade sich erhebende mächtige Gestalt des Schechhs Mohammed ben Musa el Walid erkennen. Die hagere, hohe Gestalt umhüllte ein sauberer, rot und weiß gestreifter Burnaus, auf dessen Vorderseite ein schimmernder weißer Bart hervorbreitete. Aus dem stark gebräunten Gesicht funkelten zwei helle, schäre Augen über einer hakenförmigen Nase, alles in allem einer der vielgestaltigen Erzählerköpfe, wie man sie häufig in der Wüste findet, aber in diesem Falle einer von besonderer Schönheit und nicht ohne einen Zug von wilder Kraft und Verwegtheit. Das war der Schech der Beni Humajun und Vater Said Ibrahims el Aïad, des Beherrschers. Über das teilnahmslos erscheinende Gesicht des Schechhs flog ein leichter Schimmer der Freude.

„Kudum mubarak! Alahastna! Geigene Ankunft! Einstam sind wir gewesen“, sagte er und reichte dem Besucher aus europäischer Art die Hand. „Willkommen in den Zelten der Beni Humajun, Sidi Marik. El-hand lissah allahs islam. Gott sei gedankt, daß Du wohl bist. Ich hoffe. Du wirst viele

Die Orientkonferenz.

Am Sonnabend fanden in Paris Verhandlungen zwischen Vertretern Englands, Italiens und Frankreichs statt, die, wie eine amtliche Mitteilung bekannt gibt, zu einer vollständigen Vereinbarung zwischen den Alliierten führen. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich sollen behoben sein, und ein gemeinsames Vorhaben der beiden Staaten in der Orientfrage gilt als sicher.

Von zuständiger Stelle wird bestätigt, daß England die Beziehung der Dardanellen durch eindrucksvolle Truppen für eine bestimmte Art als Garantie für die Ausführung der Friedensbedingungen vorschlägt. Der Vorschlag wird jedenfalls von Frankreich und Italien angenommen werden. Die Großmächte werden auch andere gemeinsame Maßnahmen ins Auge fassen, um die Durchführung der Friedensbedingungen zu sichern.

Am Quai d'Orsay wird bestätigt, daß die Teilnehmer an den Begegnungen zu strenger Beobachtung verpflichtet sind und alle Berichte über den Verlauf der Verhandlungen deshalb mit großer Vorsicht aufzunehmen sind.

Polens Stellung in Lausanne.

Die polnische Regierung hat bisher dem „Kurier Polonais“ zufolge nur von Italien eine zumindeste Antwort auf ihre Note an die Entente-Mächte erhalten, worin die Beteiligung Polens an der Lausanner Konferenz verlangt wurde. In Warschauer Regierungskreisen rechnet man immer noch darauf, daß Polen zur Beteiligung an der Konferenz ohne entscheidende Stimme, ähnlich wie andere nur unmittelbar an der Orientkonferenz interessierte Staaten, eingeladen werden.

Die Delegationen in Lausanne.

Aus Lausanne wird gemeldet:

In den Delegationen macht sich bereits lebhafte Tätigkeit bemerkbar. Auch die amerikanischen „Boobhater“ sind außer ihm für Major Bristol, der erst in einigen Tagen erwartet wird, mit einem ganzen Sekretariate angekommen. Viel Varmachen machen die verschiedenen ägyptischen Delegationen, die sich untereinander die Berechtigung streitig machen, sich zu Worte zu melden. Auch arabische und jüdische Delegationen sind angekommen und noch weitere angekündigt. Wenn alle die Delegationen angemeldet haben, so dürfte die Orientkonferenz nächstes Jahr zu Weihnachten auch noch nicht fertig sein.

Buchdruckerstreit i. Lausanne.

Unmittelbar vor der Eröffnung der Lausanner Konferenz haben die dortigen Buchdrucker den Streik erklärt. Was sie damit bezeichnen, ist nicht recht erklärlich. Vielleicht wollen sie die ungeheure lebhafte Propaganda gegen die Vermögenssteuerinitiative über die am 3. Dezember in der Schweiz abgestimmt wird verhindern. Jedenfalls haben die Lausanner Blätter sofort die Herausgabe einer gemeinsamer Notzeitung beschlossen, deren erste Nummer bereits erschien.

Vom Ausland deutsch.

Vom Kampf des Deutschums in der Gottschee (Slowenien)

Der Ausrottungskampf, den die Laibacher Landesregierung seit Jahren gegen das bodenständige Deutschum in Slowenien führt, hat auch die behördliche Auflösung aller deutschen Vereine im Lande, mögen diese politischer, künstlerischer, geselliger oder wirtschaftlicher Natur gewesen sein, mit der Begründung, „es erfordere dies das Staaatsinteresse“, zur Folge gehabt. Nach jahrelangem Bemühen war nun endlich die Gründung einer Ortsgruppe Gottschee des schwäbisch-deutschen Kulturbundes, der damit zum ersten Male auf das Gebiet Sloweniens herübergriff, genehmigt worden. So wurde denn diese am 8. September in Gottschee feierlich begangen; Bundessekretär Dr. Graßl war selbst aus Neusatz herbeigeeilt, um das brüderliche Band, das nunmehr Deutsche im Osten und Westen des Süßlawenttales, der gemeinsamen neuen Schicksalsgemeinschaft, verbindet, enger und inniger zu knüpfen. Einem Triumphzug gleich die folgende Reise der schwäbischen Gäste durch das Gottschee-Hinterland, wo unverlässiges deutliches Bauen seit sechs Jahrhunderten auf der Scholle sitzt. Nicht lange sollte die Freude dauern. Nicht einmal ganze drei Wochen später langte der behördliche Auflösungsbeschluß bei der Ortsgruppe Gottschee ein. Begründung: Die „pangermanischen“ Demonstrationen! Und das Eichenlaub! Und die Blumen, die in staatsfeindlicher Aufstellungstellung gezeigt worden sein sollen! — Der Beschwerdegang in Belgrad wurde beschritten.

Deutsche Musik in der Schweiz.

Die Stuttgarter Madrigalvereinigung, von Organist Hermann Keller geleitet, gab, wie dem Deutschen Ausland-Institut von befreundeter Seite aus der Schweiz gemeldet wird, am 15. Oktober in Zürich ein Konzert, das, wenn auch der Besuch unter der Häufung ähnlicher Veranstaltungen in der letzten Zeit kein besonders großer war, ein sehr dankbares Publikum fand. Alle Zürcher Blätter, darunter auch die „Neue Zürcher Zeitung“, haben den Künstlern in ihrer Kritik die freundlichsten Worte gewidmet.

Monate unser Gast sein und Dich von den Prüfungen erholen, die Dir Dein Weg auferlegt.“ Sidi Marik ließ sich neben dem Schech auf den Teppich nieder und schlürfte nicht ohne Behagen aus der irischen Schale die Kämelmilch, die Ihnen die schöne und unverschleierte Frau Said Ibrahims brachte. Nach verschiedenen Höflichkeitsphrasen gelang es Sidi Marik schließlich, das Gespräch dahin zu bringen, wohin er es haben wollte.

Hast Du Un Glück, gehabt, o Schech, mit den Männern Deines Stammes? Ich sah ihrer nur wenige bei meinem Einzug“. Der Patriarch verzog keine Miene. „Allah kerim! Gott ist gnädig! Sein Name sei gelobt. Er sandte sie durch mein Wort vor wenigen Stunden in die Wüste hinaus, um einen Frevel zu strafen, den man meinem Gäste ausfügte.“ Erleichtert amete Sidi Marik auf. Endlich! Diese diplomatischen Unterhaltungen hatten ihn zu Anfang seines afrikanischen Aufenthalts manchmal fast rasend gemacht, und er war durch seine Ungebildt öfter nur knapp an einer Dummheit vorbeigekommen. Jetzt war er völlig beruhigt. Wenn der Alte eine solche Sicherung gab, dann hatte er den Gegner schon zwischen den Zähnen. Und wie um einen Gast von dem ihn gerade am meisten beschäftigten Thema abzulenken, begann der Schech mit der vollendeten Höflichkeit eines Weltmannes nach den Gebräuchen der Reise zu fragen. Der Weiße ging in großen Umrissen darüber hin, und das Gesicht des alten Arabers zeigte keinen Zug von Staunen. Auch nicht, als Sidi Marik mit schlauer Berechnung die Ereignisse der letzten Stunden erzählten begann.

(Fortsetzung folgt.)

Sidi Marik.

Roman von L. vom Bogelsberg.

(1. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Der Beduine legte den Kopf zurück und ließ einen nicht eben lauten, heiseren Schrei hören, den schrecklichen Ruf des Feindes des großohrigen Wüstenfuchses. Die Antwort kam sogleich von irgendwoher. Im gleichen Augenblick bogen die Reiter um eine hochgezogene Felsenge, und vor ihnen lag ein schmaler, langgestreckter Dattelpalmenwald, der wie ein Wunder aus Tausendundeinemacht aus dem verbrannten Gestein und Gelüst der Wüste aufstieg.

„Schinderhannespoesie, ins Afrikanische übersetzt“, knurrte Sidi Marik vor sich hin. Ein Rudel großer, spitzartiger Hunde stürzte ihm heulend und flappend entgegen, beruhigte sich aber bald auf ein paar Burns. Said Ibrahims hielt. Die beiden stiegen von den Pferden. Führe mich zunächst zu Deinem Vater, dem Schech“, bat der Fremde. Ein kaum sichtbarer Zug der Besiedigung huschte über das Gesicht des Beduin.

„Mein Vater, der Schech — Allah schenkt ihm hundert Jahre! — wird glücklich sein, Dich wieder als Gast sehen zu können.“ Sie schritten zwischen den schlanken Stämmen hindurch, die Pferde unbedenklich sich selbst überlassen. Über ihnen raschelten trocken die glänzend grünen Wedel der Palmen und im Brennen war der düstige Pflanzenwuchs von weidenden Tieren stark mitgenommen. An dem sumpfigen Wasserlauf, den die jetzt sichtbare Quelle bildete, aber leuchtete es in wundervollem Samigrün von üppig aufgezogenen Gräsern. Said Ibrahims schritt in würdevoller Gelassenheit daher. Und Sidi Marik schien an diesem Phlegma auf einmal Gefallen zu finden, seine Miene erheiterte sich, und der finstere Zug ging allmählich in den ihm offenbar eigenen Gutmütigkeit über. Aber während

Aus aller Welt.

Das Budget der Reichskanzlei. Die Budgetkommission hat mit geringen Änderungen das Budget sowie das Finanzausgabebuch angenommen. Das Budget sieht als Ausgaben 19 Milliarden 371 Millionen Kronen, als Einkünfte 18 Milliarden 812 Millionen Kronen vor, so daß sich das Defizit auf etwas mehr als ½ Milliarde belaufen würde.

Das neue finnische Kabinett. Als Helsingfors wird gemeldet, daß der Vorsitzende des Parlaments Kallio ein Kabinett gebildet hat, das sich ausschließlich aus Mitgliedern der Zentrumspartei, d. h. Agrariern und Fortschrittler, zusammensetzt. Die Zusammensetzung des Kabinetts ist folgende: Kallio Ministerpräsident, Venola Außenminister, Olkofson Justiz, Tankaheim Innenminister, Niemi Kriegsminister, Virola Kultusminister, Tuvala Landwirtschaftsminister, Vuolini Verkehrsminister, Westermarck Handelsminister, Manner Arbeitsminister.

Baltische Gesandtentagung. Am 9. und 10. Dezember soll eine Tagung der Gesandten der baltischen Staaten stattfinden.

Die Forderungen der Landlosen in Lettland. Die vereinigten lettischen Gruppen haben sich an den lettischen Landwirtschaftsminister mit der kategorischen Forderung gewandt, so schnell wie möglich an die Landlosen Land zu verteilen. Es besteht sogar eine Richtung, die die Aufteilung des Großgrundbesitzes fordert. In Lettland gibt es ungefähr 15 000 Bauern, die kein Land besitzen. Die Regierung ist bereit, für sie einen Kredit zu eröffnen, um ihnen den Kauf von Ländereien zu ermöglichen.

Sozial- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 20. November.

Worte zur „Deutschen Altershilfe“:

Nur durch Gutes kann die harte Not dieser Zeit überwunden werden: durch Treue! Treue gegen Gott im Glauben, Treue gegen unsere Mitmenschen in der Liebe. Wer unter diesen bedarf aber unserer Liebe am meisten? Die alten, vom Leben gebeugten, schwachen und gebrechlichen Menschen. Darum lasst uns, die wir uns noch unserer Schaffensfähigkeit freuen können, ihnen tätige Liebe erweisen! Durch Geben? — Nein, durch Opfern!

Hedwig Schiffer,

Direktorin des Below-Knotheischen Lyzeums.

Einheitliche Festsetzung des Grundstückstempels.

Auf Grund einer Verordnung des Finanzministers vom 14. d. Ms. (Dienstl. Nr. 90 vom 25. v. Ms.) ist der Stempel für Grundstücksauflösungen auf 6 v. H. vom Kaufpreise des Grundstücks einheitlich festgesetzt worden. Die bisherige Unterscheidung zwischen Reichsstempel (bisher 2% v. H.) und Landestempel (bisher 1 v. H.) fällt damit fort. Die Verordnung ist am 8. d. Ms. in Kraft getreten.

Erhöhung des Paketpostos.

Vom 1. Dezember ab tritt eine Erhöhung der Paketpostgebühren in Kraft. Die neuen Gebühren sind folgende:

Pakete mit einem Gewicht bis zu 1 Kilogr. kosten 200 M., bis zu 5 Kilogr. 800 M., bis zu 10 Kilogr. 1700 M., bis zu 15 Kilogr. 2600 M., bis zu 20 Kilogr. 3500 M. Gleichzeitig ist die Gebühr für Wertpakete bis zu einem deklarierten Wert von 30 000 M. um 200 M. bei Wertpaketen mit einem deklarierten Wert von mehr als 30 000 M. um 1000 M. erhöht worden. Vom 1. Dezember ab betragen die Lagergebühren für jeden Tag späterer Entgegnahme 100 M.

Ein Einbrecher auf frischer Tat erschossen.

In der Nacht zum Sonnabend stahlte eine Einbrecherbande der Kneipenischen Mühle (Pamontowo, Kreis Posen-West) einen Besuch ab. Sie war mit einem Fuhrwerk vorgefahren, verlud darauf 27 Sitr. Getreide und 2 Sitr. Roggen, die sie in der Mühle gestohlen hatte, und fuhr damit auf und davon. Da die Pferde zu schwach waren, um die schwere Last bis zum Bestimmungsort zu bringen, luden sie unterwegs 17 Sitr. Getreide ab und versteckten sie in einer Schonung unter Reisig. Als der bestohlene Müller am Sonnabend früh seinen Schaden entdeckte, benachrichtigte er sofort die Polizei in Rokietnice von dem Vorfall, während er selbst den Wagenspuren nachging, ohne allerdings etwas von der Einbrecherbande zu entdecken. Er machte sich deshalb wieder auf den Rückweg und begann unterwegs zwei Schuhmännern, die ebenfalls die Wagenpur verfolgten. Alle drei gingen nun wieder zurück und entdeckten schließlich das in der Schonung verstekte Getreide. Sie legten sich in der Nähe auf die Lauer, in der Erwartung, daß die Diebe dorthin zurückkehren und die Beute abholen würden. Sie sollten sich auch hierin nicht getäuscht sehen. Denn gegen 9 Uhr abends erschienen mehrere Männer in Begleitung eines Hundes mit ihrem Wagen und stellten sich zunächst gegenüber dem Getreidebesteck auf. Um sich zu vergewissern, ob die Luft rein wäre, riefen sie mehrmals, ob jemand da wäre, und machten sich dann, als alles mäuschenstill blieb, an das Aufladen des Getreides. Als sie damit fertig waren, hielten die beiden Schuhmänner es für angemäß, einzutreten, indem sie den Banditen zuriefen, die Hände hochzuhalten und sich nicht von der Stelle zu rühren. Diese befolgten jedoch diese Aufforderung nicht, sondern erschossen ein regelrechtes Feuergefecht auf die Schuhmänner, die dieses in der Notwehr erwiderten. Schließlich entfernten sich die Banditen unter Zurücklassung des Wagens mit der Beute. Bei der Besichtigung durch die Beamten fand man auf dem Wagen einen Einbrecher erschossen vor, der als der 54jährige Jakob Kamal aus Podziewie, Kr. Samter, ein bereits mit 17 Jahren Gefängnis und Buchthal vorbestraftes Individuum, festgestellt wurde. Die von der Posener Kriminalpolizei während des geistigen Sonntags fortgesetzten Nachforschungen führten zur Festnahme der ganzen Bande, und zwar eines gewissen Walfowiał aus Podziewie, sowie eines gewissen Noak und seines würdigen Sohnes, ebenfalls aus Podziewie. Die Banditen hatten sich zur Verübung derartiger Einbrüche

im großen unter Buhlfahrt eines Fuhrwerks zusammengetan und auch recht schöne Erfolge erzielt, bis sie jetzt ihr Schicksal erreichte. Der gefürchtete Kaval war ein besonders gefährlicher Mensch, der u. a. wegen Totschlags eine 8jährige Buchthalstrafe verbüßt hat.

Zur Ausweisung des Pfarrers Engelbrecht aus Dirschau schreibt die „Dirsch. Stz.“:

Es scheint System darin zu liegen, daß gerade die Vorsitzenden des evangelischen Pfarrervereins in Pommerellen für solche Vergeitungsmahnahmen ins Auge gesetzt werden, denn jedermann kennt sich noch auf die Ausweisung des Pfarrers Müller aus Culmsee, der ebenso wie Pfarrer Engelbrecht Vorsitzender des Pfarrervereins war. Die von Pfarrer Engelbrecht verwaltete Superintendenz umfasst 19 Kirchspiele, auf dem wog er Hilfsarbeiter im Posener Kreisverband. Es ist also, ganz abgesehen von den rein menschlichen Geschäftspunkten dieser Maßnahme, klar, daß die plötzliche Ausweisung ungeheure Verwirrung in die innere Verwaltung der evangelischen Kirche bringen muß. Da alle diese Momente bekannt sein müssen, wird die evangelische Bevölkerung die Anwendung als einen besonders beachtiglichen empfindlichen Schlag gegen die evangelische Kirche betrachten.

Ausfuhrverbots für Samen. Nach einer Mitteilung des Hauptamtes für Aus- und Einfuhr wird für folgende Samenarten derzeit keine Ausfuhr genehmigt: Lupinen, Bicken, Beluziken, Serradella, Esparsette, Klee, Luzerne und andere Schmetterlingsblütlser, Leinsamen und Raps. Kontingente für obengenannte Samenarten werden in den ersten Decembertagen festgesetzt. Derzeit werden Genehmigungen für die Aus- und Einfuhr ohne Einschränkung erteilt für: Gemüsesamen, Blumen, Gras, Senfkraut, Mohr und Sonnenblumen.

Die Arbeitslosigkeit im Posener Gebiet hat, laut „Meczb.“ in letzter Zeit erfreulich abgenommen. In der Wojewodschaft Posen gebe es jetzt nur noch etwa 5800 Arbeitslose.

Vom Gewerbeamt. Der Kellner Gorecki war während des Kellnernechts im Boulevard eingestellt worden. Als nach der Beendigung des Ausstands die Streikenden ihre früheren Arbeitsplätze wieder einnahmen, wurde der Kellner mit dem Hinweis, daß er eine andere Stellung übernehmen könne entlassen. Das lebte der Kellner ab. Sein Anspruch auf 70 000 M. Entschädigung wurde vom Gewerbeamt mit der Begründung abgewiesen, der Kellner hätte die Stellung annehmen und nach 14 Tagen den Lohnunterschied eingelassen müssen.

Die Jahresbilanz der Zuckerfabrik Opatowka befindet sich im Ausgabekontor der vorliegenden Nummer. An Stelle des Ritterausholders Schwarzkopff-Zborowko, der nach Deutschland verirrt ist, wählte die am 17. d. Ms. abgehaltene Generalversammlung den Ritterausholder M. Stich-Turkow.

Die deutschen Banken sind am Mittwoch, Busz- und Beitrag geschlossen. (Siehe Anmerkung.)

Milizionszählung. In der letzten Beziehung der Milizionszählung das Pos. Nr. 1595 615. — Das Schatzministerium teilt mit, daß die zwei gezogenen Nr. 0 188 747 und 257 851 der Milizionszählung noch nicht abgehoben sind.

Der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein unternimmt am Mittwoch, dem 22. d. Ms., einen Ausflug nach Kolmar. Abfahrt 2.05 Uhr vormittags, Rückkehr 11.20 abends. In Kolmar zunächst Wanderung zum Schünenhause, nachmittags Besichtigung der Porzellanfabrik Keramos. — Dienstag, den 21. d. Ms., abends 8½ Uhr gefeierte Zusammenkunft der Mitglieder im Restaurant „Bristol“.

Die Alpen, land- und volkskundlicher Großfilm in 5 Teilen. Am Freitag, dem 24. d. Ms., abends 8 Uhr wird im Rahmen der volkskundlich-wissenschaftlichen Vorträge die 2. Kulturfilmvorführung über das angegebene Thema stattfinden. Es ist ein in seiner Art als eindrucksvoll anerkannter Filmwerk, das durch die neuartige Verwendung des geographischen Raumbildes von besonderem Interesse sein dürfte. Der Film stammt aus der Kulturausbildung „Ura“. Ihr gebührt der Auftrag, daß sie dem Süßes und Landwirtschaftsfilm eine Gestaltung gegeben hat die dem Naturfreund, Landwirt, Geographen, Geologen, Kulturtchniker, Industriellen und Laien Interessantes und Wissenswertes bietet. Die Dauer der Veranstaltung ist etwa 1½ Stunden, sie findet im großen Saal des Evangelischen Vereinshauses statt. Eintrittskarten zum Preise von 400 und 300 M. sind im Vorverkauf bei A. Gunnior zu haben.

Die deutschen Vortragsveranstaltungen fallen am Mittwoch (Busztag) aus.

Im Deutschen Generalkonsulat und in der Deutschen Konsulstelle bleiben am Mittwoch dieser Woche (Busztag) die Konsulärschafte geschlossen, und es findet nur Sonntagsdienst statt (12 bis 1 Uhr).

Der Verein deutscher Sänger bittet uns mitzuteilen, daß das Wintervergnügen nicht am Sonnabend, dem 25. d. Ms., sondern schon Freitag, den 24. November, abends 7 Uhr im Saale der Loge (Grobla) stattfindet. Die numerierten Einladungen sind nach wie vor beim Mitgliede Kaufmann Seeliger, Sm. Marcin 48 (fr. St. Martinstraße) im Laden erhältlich und berechtigen allein zum Eintritt.

Böswillige Alarmierungen der Feuerwehr sind neuerdings wieder an der Tagesordnung. So wurde sie am Sonnabend abends gegen 9½ Uhr nach der ul. Młyńska (fr. Mühlstraße) gerufen. Als vermeilliche Verüblerinnen des groben Unfugs wurden zwei junge, in der Marschstraße 5 wohnhafte junge Mädchen namens Marie Struszył und Marie Kocz festgestellt. Sonntag nachmittag erfolgte um 5 Uhr eine böswillige Alarmierung nach der ul. Golebia (fr. Laubenvorstadt) und um 6 Uhr eine solche nach der ul. Wroclawska (fr. Breslauer Straße); auch hier gelang es, in einem Falle einen besser gekleideten Jungen als vermeilchen Täter zu ermitteln.

Beflaggnahme Diebstähle. Beim 6. Polizeikommissariat in der ul. Franciszka Skłodowska (fr. Ritterstraße) befindet sich ein einem Spitzbüben abgenommenes Pferdegeschirr.

Der Pelzschwindler, über den wir in der Sonntagsausgabe berichtet, ist von der Kriminalpolizei in einem gewissen Stanislaus Waleczak ermittelt und die Beute ihm wieder abgenommen worden.

Diebstahl. Aus einem Laubenschlage in der sw. Marcin 58 (fr. St. Martinstr.) wurden am Sonntag 12 wertvolle Brieftauben gestohlen.

* Bromberg, 19. November. Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Donnerstagssitzung einstimmig beschlossen, den Stadtpresidenten Dr. Slimnicki zu ermächtigen, Verhandlungen hinsichtlich der Bildung eines Polytechni-

ums in Bromberg an Stelle des in Posen geplanten zu pflegen. Was die Leistungen des Stadtparlaments und der Stadt für das geplante Institut betrifft, so hat die Stadtverordnetenversammlung den Präsidenten dazu ermächtigt, nahezu dieselben Vorschläge wie Posen zu machen.

* Graudenz, 17. November. In diesen Tagen wurde in der Wohnung eines gewissen Gołembiewski in der Nadgranicznastraße 21 durch die hiesige Polizeidepartement eine große Menge kommunistischen Propagandamaterials vorgefunden und beschlagnahmt. Der in der Wohnung befindliche Kommunist und Pseudo-Student Gordhlo, aus Wirsitz stammend, wurde verhaftet und nach Thorn transportiert.

* Culm, 19. November. Das Geschäftshaus der alten Firma Alberti wurde auf längere Zeit von der Deutschen Vereinigung und dem Landbund zu Bureauzwecken gemietet. Es wird in dem Gebäude auch eine Zweigstelle der Deutschen Volksbank in Bromberg untergebracht. — Ein hiesiger Geschäftsmann, der sein Geschäft verkaufte und auswanderte, hat in den letzten Monaten mehrere große Güter durch Vermittelung in polnische Hände gebracht. Es handelt sich um Objekte von vielen Millionen Mark, die als Provision abfielen.

Neues vom Tage.

* Ein neues Erdbeben in Chile. Aus New York wird gemeldet, daß Chile von einem neuen Erdbeben heimgesucht worden ist, bei dem zwei zu Chile gehörige Inseln in den Ozean versunken sein sollen. Dabei sind viele Bewohner umgekommen.

Signalfarben an Posthaltern. Eine Art von Signalfarben führt jetzt die deutsche Reichspost am Schalter ein. Die Oberpostdirektionen sind vom Reichspostministerium ermächtigt worden, bei Postämtern größeren Umfangs mit lebhaftem Schalterverkehr mit vielen Ortsfremden die Schalter durch verschiedenfarbige Zeichen zu kennzeichnen. Diese Zeichen erhalten einen schwarzen Aufdruck in sog. deutschen Schriftzeichen, der die Bestimmung der einzelnen Schalter angibt. Sie sind 32:10 Centimeter groß. Die rote Farbe erhält den Aufdruck und bedeutet: Wertzeichen aller Art, gelb: Postwertzeichen, blau: Einzahlungen, grün: Ausgabe, siegelrot: Telegramme.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Ausküsse werden unteren Feldern gegen Einwendung der Bezugsnachricht unentgeltlich oder ohne Gewähr erteilt. Briefliche Ausküsse erfolgt nur auf Anhahmewünsche und wenn ein Briefumschlag mit Reimarken beklebt.)

W. K. Nr. 100. Wenn Sie beide polnische Staatsbürger deutscher Nationalität sind, ja.

R. D. Da Ihrer Anfrage kein Bezugsschein beilag, muß sie unbeantwortet bleiben.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Amliche Notierungen der Posener Getreidebörsen

vom 20. November 1922.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 kg. bei sofortiger Lieferung.)

Weizen	50 000—52 000	Moggenleite	13 800
Koggan	28 000—29 000	Kabritkartoffeln	2 500
Braunerste	32 500—33 600	Sweisetkartoffeln	—
Hafer	27 500—28 500	Kelderberen	45 000—50 000
Weizenmehl 65%	74 000—77 000	Kitoriaerben	65 000—70 000
(inkl. Säde)	43 500—44 500	Gereidesstroh, lose	7 500
Kogganmehl 70%	43 500—44 500	Heu, lose	gepr. 9 000
(inkl. Säde)	13 800	gepr.	7 200
Beizenkleie	13 800	gepr.	9 000

Wegen Witterungseinflusses geringe Zuflüsse, weshalb die Preise sich behaupten konnten. — Stimmung: fester.

Danżiger Mittagskurse vom 19. November.

Polnische Mark in Danzig..... 42

Dollar in Danzig 6700

Spenden für die Altershilfe.

Schüler der ev. Volksschule in Obrzycko	2 039.— M.
Landwirt Materne, Neuthal	10 000.—
Frau B. Neuthal	100.—
Kurt Lange, Schüler der Kl. IV der höh. Deutschen Privatschule in Janowice	9 500.—
(mit folgenden Worten auf dem Abschluß: Liebe Alten! Was ich Euch schick, habe ich gesammelt. Ich werde eine Sammlung mit einer Liste aufstellen, das sollt Ihr lieben Armen bekommen. Was ich schick, kommt aus gutem Herzen!)	21 659.— M.
Bortrag aus Nr. 262	1 452 837.—
zusammen	1 474 496.— M.

Außwärtige Spender können portofrei auf unser Postscheckkonto Nr. 200 283 Poznań einzahlen bzw. überweisen, dies aber auf dem Abschluß ausdrücklich vermerken.

Für die so überaus zahlreichen Beweise herzlicher Anteilnahme und die vielen Kranzspenden beim Hinscheiden unseres lieben Gatten und Vaters sagen wie allen Freunden und Bekannten, dem Männer-Gesangverein, den Herren Stadtverordneten, dem Restaurateur-Verein und dem Jungfrauenverein auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.

Posen, den 19. November 1922

Emma Höhne
und Kinder.

Für alle aus Polen auswandernden Deutschen werden [19771] Heimathilfe u. Einbürgerungsgesetz prompt besorgt durch C. B. „Express“ Bydgoszcz, Jagielionka 70. Zweiggeschäft Schneidemühl: Sigismundstr. 16, Bahnhofstrasse 17.

Achtung!
Wie suchen für laufträge häuser Rittergüter, Güter und Wirtschaften jeder Größe, Mühlen, Sägewerke, Häuser und Hotels.
Wer seine Besitzung vorteilhaft und nur gegen volle Auszahlung verkaufen will, bei wende sich vertraulich mit genauer Beschreibung des Objektes sowie äußerster Preisangabe an das Kommissions-Büro [19985] E. Dlużewski i Ska., Poznań, Słowackiego 48. Telephon 3729. Filiale: Szamotuly, Klasztorowa 10. Telephon 64.

Rittergut

oder Gut von 500 Morgen ab in der ehemaligen Provinz Posen zu kaufen gesucht. Ges. Offerten unter C. A. 4030 an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Vermittler verbieten.

Kaufe

Pianinos

und zahle die höchsten Preise.
Offerten „Hotel Monopol“.

Sehr gut erhalten Flügel (Steinweg - Braunschweig) zu verkaufen. [408] Frhr. von Gersdorff, Parisko, poczta Stare Bojanowo, pow. Smigiel

Fischotterselle bis 180 000
Bammarderselle b. 180 000
Fuchs selle . . . bis 80 000
Hasenselle . . . bis 4000
Kanin selle . . . bis 3600
Wollschwanzhaare, Pfd. bis 4800
Kaufe alle Sorten Selle zu höchsten Tagespreisen.

Poznań, Fellegeschäft sw. Marcin 34.

Gute Milchfuh

(rotbunt) hochtragend, steht zum Verkauf.

Günther, Pułczytowo (Ullerberg).

Ca. 70 Grs. Nähgarn

schwarz und weiß auf Holzrollen, transito oder verzollt ab Lager Danzig billig abzugeben. Offerten erbeten unter W. C. 793 Nub. Mosse, Danzig

Größere Mengen
la oberschles. Kohle u. Generator Kohle
bereits nach Posen rollend, zu Tagespreisen abzugeben
Ständige Lieferungen aller Kohlen- u. Koksarten.
Eilanfragen für rollende Tonnen an
Schlesisches Handelsamt G. m. b. H.
Tarnowskie Góry, Bojew. Schlesien.

Bilanz per 1921/22.

Aktiva.

	A	V
Grundstück-, Gebäude-, Maschinen- u. Apparate-Konto	18	
Inventarienkonto	352 087 768,85	
Ausstehende Forderungen	635 611 770,75	
Kassakonto	4 410 606,47	
	392 110 159,07	

Passiva.

	A	V
Aktienkapitalkonto	1 200 000	
Kautionskonto	10 000	
Reservefondskonto	300 000	
Spezia reserv fondskonto	50 000	
Verschiedene Gläubiger	922 795 209,40	
Akzept-Konto	63 500 000	
Gewinn-Vortrag 1920/21	40 486,47	
Reingewinn	4 214 463,20	
	992 110 159,07	

14076
Spielplan des Großen Theaters.
Dienstag, den 21. 11., abends 7 Uhr: „Rigoletto“, Oper von Verdi. (Halbe Preise)
Mittwoch, den 22. 11., abends 7½ Uhr: „Die Jüdin“, Oper von Halévy. (Premiere)
Freitag, den 24. 11., abends 7½ Uhr: „Die Jüdin“, Oper von Halévy.
Sonnabend, den 25. 11., abends 8 Uhr: Symphonisches Konzert halbe Preise.
Sonntag, den 26. 11., abends 7 Uhr: „Tosca“, Oper von Puccini.
Sonntag, den 26. 11., abends 7½ Uhr: „Konrad Wallenrod“, Oper von Zaleski. Vorverkauf der Eintrittskarten bei Sztejbrowski ulica Fredry 1.

Verein Deutscher Sänger.

Am Freitag, dem 24. November 1922, abends 7 Uhr findet im Logenhaus (Grobla) ein

Wintervergnügen

statt, zu welchem alle Mitglieder hiermit eingeladen werden.

Gesänge — Solis — Tanz.

Nur Mitglieder und deren Familienangehörigen haben Zugriff. — Die numerierte Einladung ist beim Mitglied Raumann Seeliger, St. Martin 43, im Laden erhältlich und allein zum Eintritt berechtigt. Der Vorstand.

Colosseum

sw. Marcin 65

Vom 20. bis 26. 11.

Der Fluch des Schweigens?

Erschütterndes Lebensbild mit den bekannten Margarete Freund in der Hauptrolle.

Neuester „Ufa“-Film.

Achtung!

Beginn der Vorstellungen um 4, 6 und 8 Uhr. An Festtagen um 4, der letztem um 8½ Uhr.

Kirchennotizen.
St. Pauli Kirche. Mittwoch 10: Gd. Stuhmann.

— 11½: B. u. A. Der. — 7: Bibelst. D. Staemmler.

Sammelbriefmarken en gros verkauf zu günstigen Preisen

woll. Franciszka Matajewska 23, I St. r.

Suche 2-3 möblierte Zimmer. Preis Neben-Benutzung. jache. Offert unter 4684 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Buchhalter,

der deutschen und polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig, für industriellen Betrieb. Offerten unter 3011 an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Zum. Novyńska bei Rajkow sucht zum 1. Jan. 1923 einen unverh. älteren od. jung.

Hofbeamten,

der auch die polnisch Sprache möglichst in Wort u. Schrift beherr. od. Zeugnisse abschreibt ohne einzuhören

Suche zum baldigen Antritt eine mit Rasse und amerikanischer Buchführung vertraute der polnischen Sprache und Schrift mächtige

Buchhalterin nach dier. Gehaltsforderungen neben freier Station an St. Schmidt. Duszniki. Gefreidegeschäft.

Am Fuß- und Betttag

Mittwoch, dem 22. November,

bleiben unsere Kassenräume für jeglichen Verkehr geschlossen.

Bank für Handel und Gewerbe Poznań ^{Tow.}
Danziger Privat-Uttien-Bank, Poznań.
Dislonto-Gesellschaft, Poznań.
Posenische Landesgenossenschaftsbank, T. z. o. p.
Poznań.

Provinzial-Genossenschaftsbank für Posen, T. z. o. p.
Poznań.

[4078]



Ein wasserfester Hochglanz ohne Gleichen, ist durch Urbin nur zu erreichen!

Hersteller: Urbin-Werke Chemische Fabrik G. m. b. H. Danzig, am Troy.